

1977	Ausgegeben zu Bonn am 15. April 1977	Nr. 17
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
11. 3. 77	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Kapitalhilfe .....	357
16. 3. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 16 der Internationalen Arbeitsorganisation über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen .....	359
16. 3. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 27 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken .....	360
21. 3. 77	Bekanntmachung der deutsch-indonesischen Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie und bei der Uranprospektion .....	361
22. 3. 77	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über den Verzicht auf die Erstattung von Leistungen an Arbeitslose .....	376
23. 3. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum .....	376
23. 3. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens .....	377
24. 3. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken .....	377
24. 3. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport .....	378
24. 3. 77	Bekanntmachung einer Änderung des deutsch-jugoslawischen Abkommens über den grenzüberschreitenden Straßenpersonen- und -güterverkehr .....	378

**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Indonesien  
über Kapitalhilfe**

Vom 11. März 1977

In Jakarta ist am 16. September 1976 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 16. September 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. März 1976

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Böll

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Indonesien  
über Kapitalhilfe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Indonesien,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Republik Indonesien beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indonesien, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für von beiden Regierungen auszuwählende Vorhaben, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, Darlehen bis zu insgesamt 100 000 000,— DM (in Worten: Einhundert Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

(2) Die gemäß Absatz 1 ausgewählten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen den Vertragspartnern durch andere Vorhaben ersetzt werden.

**Artikel 2**

Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen der Regierung der Republik Indonesien und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

**Artikel 3**

Die Regierung der Republik Indonesien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Indonesien erhoben werden.

**Artikel 4**

Die Regierung der Republik Indonesien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

**Artikel 5**

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

**Artikel 6**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

**Artikel 7**

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Indonesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 8**

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN in Jakarta am 16. September 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Kurt Müller

Für die Regierung der Republik Indonesien  
Adam Malik

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 16  
der Internationalen Arbeitsorganisation  
über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung  
der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen**

**Vom 16. März 1977**

Die Deutsche Demokratische Republik hat mit ihrer durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes am 1. Januar 1974 registrierten Notifikation erklärt, daß sie sich an das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation am 11. November 1921 in Genf angenommene Übereinkommen Nr. 16 über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen (RGI. 1929 II S. 383, 386) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Oktober 1976 (BGBl. II S. 1766).

Bonn, den 16. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Hermes

Der Bundesminister  
für innerdeutsche Beziehungen  
In Vertretung  
Spangenberg

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 27**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken**  
**Vom 16. März 1977**

Die Deutsche Demokratische Republik hat mit ihrer durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes am 1. Januar 1974 registrierten Notifikation erklärt, daß sie sich an das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation am 21. Juni 1929 in Genf angenommene Übereinkommen Nr. 27 über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken (RGBl. 1933 II S. 940) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1976 (BGBl. II S. 1992).

Bonn, den 16. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Hermes

Der Bundesminister  
für innerdeutsche Beziehungen  
In Vertretung  
Spangenberg

---

**Bekanntmachung  
der deutsch-indonesischen Abkommen  
über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie  
und bei der Uranprospektion**

**Vom 21. März 1977**

In Jakarta sind am 14. Juni 1976

- a) ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie,
- b) ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra  
und
- c) eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der Badan Tenaga Atom Nasional

unterzeichnet worden. Die Vereinbarungen sind nach Artikel 12 Abs. 1 des Abkommens zu Buchstabe a und nach Artikel 11 des Abkommens zu Buchstabe b

am 24. Februar 1977

in Kraft getreten; sie werden nachstehend zusammen mit einem Briefwechsel zu den Abkommen zu Buchstaben a und b veröffentlicht.

Bonn, den 21. März 1977

Der Bundesminister  
für Forschung und Technologie  
Hans Matthöfer

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Indonesien  
über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie**

**Agreement  
between the Government of the Federal Republic of Germany  
and the Government of the Republic of Indonesia  
on Co-operation Regarding the Peaceful Uses of Atomic Energy**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Indonesien —

The Government of the Federal Republic of Germany  
and  
the Government of the Republic of Indonesia

in dem Wunsche, die zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu fördern,

desiring to promote the friendly relations existing between the two States,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses am Ausbau der friedlichen Verwendung der Atomenergie durch gegenseitige Unterstützung und wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit,

considering their common interest in developing the peaceful uses of atomic energy through mutual assistance and scientific and technical co-operation,

in Erkenntnis der Vorteile, die aus einer solchen Zusammenarbeit für beide Staaten erwachsen —

recognizing the benefits to be derived by both States from such co-operation,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

**Artikel 1**

**Article 1**

(1) Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie. Diese Zusammenarbeit kann sich insbesondere auf folgende Bereiche der Nuklearwissenschaft und -technologie erstrecken:

(1) The Contracting Parties shall promote co-operation between the two States in the peaceful uses of atomic energy. Such co-operation may include in particular the following areas of nuclear science and technology:

- Verwendung radioaktiver Isotope und Strahlungen,
- Strahlenschutz und -sicherheit,
- Exploration von Uranerzen,
- Einsatz und Instandhaltung von Ausrüstungen und Forschungseinrichtungen,
- Studien zur Kernenergieplanung,
- Aufstellung und Durchführung von Arbeitsprogrammen.

- application of radio isotopes and radiation,
- radiation protection and safety,
- exploration of uranium minerals,
- operation and maintenance of equipment and research installations,
- studies on nuclear power planning,
- setting up and execution of work programmes.

(2) Inhalt, Umfang und Durchführung der Zusammenarbeit im Einzelfall bleiben Einzelabmachungen vorbehalten, die zwischen den Vertragsparteien oder den von ihnen bezeichneten Stellen zu treffen sind.

(2) The substance, scope and implementation of the co-operation shall in each individual case be the subject of special arrangements to be concluded between the Contracting Parties or such agencies as are designated by the Contracting Parties.

**Artikel 2**

**Article 2**

(1) Die Zusammenarbeit kann auf folgende Weise gefördert werden:

(1) Co-operation may be promoted by means of:

- a) Austausch von Informationen,
- b) Austausch von Wissenschaftlern und sonstigem Forschungspersonal,
- c) Durchführung gemeinsamer oder koordinierter Forschungs- oder Entwicklungsaufgaben.

- (a) the exchange of information,
- (b) the exchange of scientists and other researched personnel,
- (c) the execution of joint or co-ordinated research or development tasks.

(2) Die Vertragsparteien erleichtern diese Zusammenarbeit in dem ihnen möglichen Ausmaß durch die Bereitstellung von Material und Ausrüstungen.

(3) Die nach Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens zu treffenden Einzelabmachungen bestimmen, wem die bei gemeinsamen Forschungs- oder Entwicklungsaufgaben anfallenden Ergebnisse zustehen.

#### Artikel 3

Die Übernahme der Kosten des Austauschs von Wissenschaftlern und sonstigem Forschungspersonal sowie der Kosten der Zusammenarbeit bei der Durchführung gemeinsamer oder koordinierter Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wird in den nach Artikel 1 Absatz 2 zu treffenden Einzelabmachungen geregelt, wobei davon ausgegangen wird, daß die auf Grund des Abkommens vom 8. April 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Technische Zusammenarbeit bestehenden Möglichkeiten der finanziellen Förderung technischer Zusammenarbeit von diesen Abmachungen nicht berührt werden.

#### Artikel 4

Um die Durchführung dieses Abkommens und der nach Artikel 1 Absatz 2 zu treffenden Einzelabmachungen zu fördern, treffen Vertreter der Vertragsparteien je nach Bedarf in dem jeweils geeigneten Rahmen zusammen, um sich gegenseitig über den Fortgang der Arbeiten von gemeinsamem Interesse zu unterrichten und die gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen zu beraten. Zur Erörterung von Einzelfragen können Sachverständigengruppen eingesetzt werden.

#### Artikel 5

(1) Der Austausch von Informationen kann zwischen den Vertragsparteien selbst oder den von diesen bezeichneten Stellen, insbesondere Forschungsinstituten, Fachdokumentationsstellen und Fachbibliotheken, erfolgen.

(2) Die Vertragsparteien oder die von ihnen bezeichneten Stellen dürfen die erhaltenen Informationen an öffentliche Einrichtungen oder an von der öffentlichen Hand getragene gemeinnützige Einrichtungen oder Unternehmen weitergeben. Die Vertragsparteien oder die von ihnen in den nach Artikel 1 Absatz 2 zu treffenden Einzelabmachungen bezeichneten Stellen können diese Weitergabe beschränken oder ausschließen. Die Weitergabe von Informationen an andere Stellen oder Personen ist ausgeschlossen oder beschränkt, wenn die andere Vertragspartei oder die von ihr bezeichneten Stellen dies vor oder bei dem Austausch bestimmen.

(3) Jede Vertragspartei stellt sicher, daß die nach diesem Abkommen oder den zu seiner Durchführung zu treffenden Einzelabmachungen berechtigten Empfänger von Informationen diese nicht an Stellen oder Personen weitergeben, die nach diesem Abkommen oder den nach Artikel 1 Absatz 2 zu treffenden Einzelabmachungen nicht zum Empfang der Informationen befugt sind.

#### Artikel 6

(1) Dieses Abkommen gilt nicht für

- a) Informationen, über die die Vertragsparteien oder die von ihnen bezeichneten Stellen nicht verfügen dürfen, weil diese Informationen von Dritten herühren und die Weitergabe ausgeschlossen ist;
- b) Informationen sowie Eigentums- oder gewerbliche Schutzrechte, die auf Grund von Vereinbarungen mit einem Dritten nicht mitgeteilt oder übertragen werden dürfen;

(2) The Contracting Parties shall facilitate such co-operation to the best of their abilities in providing materials and equipment.

(3) The special arrangements to be concluded under paragraph 2 of Article 1 of the present Agreement shall determine who shall be entitled to the results from joint research and development tasks.

#### Article 3

Payment of the costs arising from the exchange of scientists and other research personnel as well as the costs of co-operation in the execution of joint or co-ordinated research and development tasks shall be provided for in the special arrangements to be concluded under paragraph 2 of Article 1 above, it being understood that the possibilities for the financial facilitation of technical co-operation existing under the Agreement of 8 April 1971 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Indonesia concerning Technical Co-operation shall not be affected by such arrangements.

#### Article 4

In order to promote the implementation of the present Agreement and of the special arrangements to be concluded in accordance with paragraph 2 of Article 1 of this Agreement, representatives of the Contracting Parties shall meet as and where required to inform each other of the progress reached in activities of common interest, and to consult each other about measures that may be required. Groups of experts may be appointed to discuss individual questions.

#### Article 5

(1) The exchange of information may take place either between the Contracting Parties directly or between the agencies designated by them, especially research institutes, specialized documentation centres and libraries.

(2) The Contracting Parties or the agencies designated by them may transmit the information obtained to public institutions or to such non-profit institutions or corporations as are supported by public authorities. The Contracting Parties or the agencies designated by them in the special arrangements to be concluded in accordance with paragraph 2 of Article 1 of the present Agreement may limit or preclude such transmittal. The transmittal of information to other agencies or persons shall be precluded or limited if the other Contracting Party or the agencies designated by it so decide before or at the time of the exchange.

(3) Each Contracting Party shall ensure that the recipients entitled to receive information under the present Agreement or under the special arrangements to be concluded for its implementation do not transmit such information to agencies or persons not authorized under the present Agreement or the special arrangements to be concluded in accordance with paragraph 2 of Article 1 of this Agreement to receive such information.

#### Article 6

(1) The present Agreement shall not apply to

- (a) information of which the Contracting Parties or the agencies designated by them may not dispose because it originates from third parties and its transmittal has been precluded;
- (b) information and ownership or patent rights which, by virtue of arrangements concluded with a third party may not be communicated or transferred;

c) Informationen, die von einer Vertragspartei unter Geheimschutz gestellt sind, es sei denn, die vorherige Zustimmung der zuständigen Behörden dieser Vertragspartei wird erteilt. Die Behandlung derartiger Informationen bleibt einem besonderen Abkommen vorbehalten, in dem die Voraussetzungen und das Verfahren der Weitergabe geregelt sind.

(2) Die Mitteilung von Informationen mit Handelswert erfolgt auf Grund von Einzelabmachungen, die zugleich die Bedingungen der Weitergabe regeln.

#### Artikel 7

(1) Die Weitergabe von Informationen und die Bereitstellung von Material und Ausrüstungen nach diesem Abkommen oder den zu seiner Durchführung zu treffenden Einzelabmachungen begründen keinerlei Haftung zwischen den Vertragsparteien oder zwischen den von ihnen bezeichneten Stellen bezüglich der Richtigkeit der weitergegebenen Informationen oder der Eignung der bereitgestellten Gegenstände für eine bestimmte Verwendung, es sei denn, daß dies besonders vereinbart ist.

(2) Die nach Artikel 1 Absatz 2 zu treffenden Einzelabmachungen regeln gegebenenfalls insbesondere die Haftung für Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen einer Vertragspartei im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit auf Grund dieses Abkommens entstehen.

#### Artikel 8

In bezug auf Waren, die auf Grund dieses Abkommens ein- oder ausgeführt werden, und in bezug auf die Einfuhr persönlicher Habe sowie die Befreiung der auf Grund dieses Abkommens ausgetauschten Wissenschaftler von der Einkommensteuer gelten die Bestimmungen des Abkommens vom 8. April 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Technische Zusammenarbeit, wenn dies in den nach Artikel 1 Absatz 2 zu treffenden Einzelabmachungen vereinbart wird.

#### Artikel 9

Dieses Abkommen wird im Einklang mit den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften angewendet. Es hindert die Vertragsparteien nicht daran, ihre Verpflichtungen im Zusammenhang mit internationalen Übereinkünften über die Atomenergie zu erfüllen.

#### Artikel 10

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch gegenseitige Konsultationen zwischen den beiden Vertragsparteien beigelegt, sofern nicht in den für die Durchführung dieses Abkommens getroffenen Einzelabmachungen etwas anderes vereinbart wird.

#### Artikel 11

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Indonesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 12

(1) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(c) information which is classified by a Contracting Party, unless prior approval is granted by the competent authorities of that Contracting Party. The handling of such information shall remain subject to a separate agreement in which provision shall be made for the conditions and procedure of any such transmittal.

(2) Information of a commercial value shall be communicated on the basis of special arrangements regulating at the same time the conditions of transmittal.

#### Article 7

(1) The transmittal of information and the supply of materials and equipment under the present Agreement or the special arrangements to be concluded for its implementation shall in no way render one Contracting Party liable to the other or one agency designated by them liable to the other for the accuracy of the information transmitted or the suitability of the articles supplied for a specific use, unless special agreement has been reached to this effect.

(2) The special arrangements to be concluded in accordance with paragraph 2 of Article 1 of the present Agreement shall, if necessary, make in particular provision for liability in respect of damage caused by acts or omissions of a Contracting Party in connection with the co-operation under the present Agreement.

#### Article 8

In regard to goods imported or exported in pursuance of the present Agreement and in regard to the import of personal effects as well as to the exemption from Income-Tax of scientists exchanged under the present Agreement, the provisions of the Agreement of 8 April 1971 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Indonesia concerning Technical Co-operation shall be applicable when agreed in the special arrangements to be concluded under paragraph 2 of Article 1 of the present Agreement.

#### Article 9

The provisions of the present Agreement shall be applied in accordance with the laws and other regulations existing in the territory of either Contracting Party. They shall not hamper either Contracting Party to execute its obligations in connection with international agreements on atomic energy.

#### Article 10

Disputes concerning the interpretation or application of the present Agreement shall be settled in mutual consultation between the two Contracting Parties, unless otherwise agreed upon in the special arrangements concluded for the implementation of the present Agreement.

#### Article 11

The present Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of Indonesia within three months of the date of entry into force of this Agreement.

#### Article 12

(1) The present Agreement shall enter into force as soon as each Contracting Party has notified the other Contracting Party that the constitutional requirements for the entry into force of the present Agreement have been fulfilled.



(2) Dieses Abkommen bleibt für die Dauer von sechs Jahren in Kraft und verlängert sich danach um jeweils zwei weitere Jahre. Es kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für den Zeitraum und in dem Umfang weiter, wie es für die Sicherstellung der Durchführung der nach Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens zu treffenden Einzelabmachungen erforderlich ist, die sich zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens noch in Durchführung befinden. Die Geltungsdauer der nach Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens zu treffenden Einzelabmachungen bleibt von der Kündigung dieses Abkommens unberührt.

(2) The present Agreement shall remain in force for a period of six years and shall subsequently be extended for successive periods of two years. It may be denounced by either Contracting Party subject to twelve months' notice. If the Agreement ceases to have effect on account of denunciation thereof, its provisions shall continue to apply for the period and to the extent necessary to secure the implementation of the special arrangements to be concluded under paragraph 2 of Article 1 of the present Agreement and still applicable on the date the Agreement ceases to have effect. The period of validity of the special arrangements to be concluded under paragraph 2 of Article 1 of the present Agreement shall not be affected by the denunciation of this Agreement.

GESCHEHEN zu Jakarta am 14. Juni 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

DONE at Jakarta on June 14, 1976, in duplicate in the German, Indonesian and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Indonesian texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dr. Müller

Für die Regierung der Republik Indonesien  
For the Government of the Republic of Indonesia

Malik

**Abkommen**  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Indonesien  
über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen  
in Westsumatra

**Agreement**  
between the Government of the Federal Republic of Germany  
and the Government of the Republic of Indonesia  
concerning Co-operation on the General Survey and Exploration  
of Uranium Minerals in West Sumatra

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Indonesien —

im Hinblick darauf, daß die Regierung der Republik Indonesien die Exploration von radioaktiven Stoffen, insbesondere von Uranerzen, in ihrem Hoheitsgebiet zu fördern wünscht,

im Hinblick darauf, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Mittel, das technische Wissen und die Erfahrung verfügt, die zur wirksamen Exploration dieser Stoffe erforderlich sind,

im Hinblick darauf, daß nach dem Abkommen vom 14. Juni 1976 über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie Einzelabmachungen auf dem Gebiet der Prospektion und Exploration von Uranerzen getroffen werden können, die im Einklang mit den in Indonesien geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften stehen,

im Hinblick darauf, daß die Regierung der Republik Indonesien mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra zusammenzuarbeiten wünscht —

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Indonesien führen eine Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra durch, die sich auf ein Gebiet von ungefähr 25 000 km<sup>2</sup> erstreckt, das auf der beigefügten Karte \*) dargestellt ist und folgende Koordinaten hat:

A: 99° 40' E/1° 05' N  
B: 100° 30' E/1° 05' N  
C: 100° 37' E/0° 50' N  
D: 100° 50' E/0° 50' N  
E: 101° 15' E/0° 10' S  
F: 101° 02' E/0° 10' S  
G: 101° 30' E/1° 20' S  
H: 100° 40' E/1° 20' S

The Government of the Federal Republic of Germany  
and

the Government of the Republic of Indonesia,

whereas the Government of the Republic of Indonesia desires to encourage exploration in its territory of radioactive substances and uranium minerals in particular,

whereas the Government of the Federal Republic of Germany possesses the means, technical knowledge and experience required for the efficient exploration of the said substances,

whereas pursuant to the Agreement on Co-operation Regarding the Peaceful Uses of Atomic Energy, dated 14-6-76, special arrangements may be concluded in the fields of general survey and exploration of uranium minerals which shall be in accordance with the laws and regulations prevailing in Indonesia,

whereas the Government of the Republic of Indonesia desires to co-operate with the Government of the Federal Republic of Germany in the general survey and exploration of uranium minerals in West Sumatra,

have agreed as follows:

**Article 1**

(1) The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Indonesia shall undertake a general survey and exploration of uranium minerals in West Sumatra covering an area comprising approximately 25,000 square kilometres as described in the map attached \*) hereto and having the following co-ordinates:

A: 99° 40' E/1° 05' N  
B: 100° 30' E/1° 05' N  
C: 100° 37' E/0° 50' N  
D: 100° 50' E/0° 50' N  
E: 101° 15' E/0° 10' S  
F: 101° 02' E/0° 10' S  
G: 101° 30' E/1° 20' S  
H: 100° 40' E/1° 20' S

\*) vom Abdruck wurde abgesehen

(2) Für die Zwecke der Durchführung dieses Abkommens benennt die Regierung der Republik Indonesien ihre Dienststelle, die Badan Tenaga Atom Nasional (im folgenden als die „BATAN“ bezeichnet) als Inhaber der Schürfgenehmigung für die Prospektion und Exploration; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland benennt ihre Dienststelle, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (im folgenden als die „BGR“ bezeichnet) als Partner der BATAN.

(3) Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der BGR und der BATAN werden in einer zusätzlichen Durchführungsvereinbarung geregelt.

#### Artikel 2

(1) Unter gebührender Berücksichtigung des Absatzes 2 lassen die BGR und die BATAN durch schriftliche Mitteilung an die Regierung der Republik Indonesien Teile des vereinbarten Gebietes auf, wodurch dieses sich wie folgt verringert:

- a) auf höchstens 75 v. H. des vereinbarten Gebiets vor dem zweiten Jahrestag des Inkrafttretens dieses Abkommens;
- b) auf höchstens 50 v. H. des vereinbarten Gebiets vor dem vierten Jahrestag des Inkrafttretens dieses Abkommens;
- c) auf höchstens 25 v. H. des vereinbarten Gebiets vor dem fünften Jahrestag des Inkrafttretens dieses Abkommens.

(2) Sollten die BGR und die BATAN feststellen, daß das uranhaltige Gebiet bzw. die uranhaltigen Gebiete größer ist bzw. sind als das gemäß den obigen Auflassungsbedingungen an sich zurückzubehaltende Gebiet, so kann die Regierung der Republik Indonesien auf Antrag der BATAN eine Ausnahme von der in Absatz 1 genannten Auflassungsverpflichtung gewähren.

#### Artikel 3

Die BGR und die BATAN legen ihren Regierungen gemeinsam einen vierteljährlichen Zwischenbericht über das Ergebnis der Durchführung dieses Abkommens vor und berichten insbesondere über die entdeckten geologischen Merkmale und festgestellten Erze unter Vorlage von Daten und Karten.

Dabei wird davon ausgegangen, daß der BATAN das Recht an allen durch die Prospektion und Exploration gewonnenen Informationen zusteht und daß diese vertraulich behandelt werden.

Die BGR kann mit schriftlicher Genehmigung der BATAN diese Informationen und Daten an Dritte weitergeben, die nicht an der Prospektion und Exploration beteiligt sind. Die Auswertung von Daten erfolgt soweit wie möglich in Indonesien.

#### Artikel 4

(1) Die BATAN und die BGR gründen einen Arbeitsausschuß, der die Arbeitsprogramme und Kostenanschläge gemäß diesem Abkommen aufstellt, erörtert, überprüft und genehmigt sowie deren Durchführung überwacht.

(2) Sitzungen von Vertretern beider Regierungen zur Erörterung der Durchführung dieses Abkommens finden nach Bedarf statt.

(3) Die Kosten der Prospektion und Exploration nach diesem Abkommen im Einklang mit den genehmigten Arbeitsprogrammen trägt zu 90 v. H. die BGR.

(2) For purposes of the execution of this Agreement the Government of the Republic of Indonesia appoints its Agency, the Badan Tenaga Atom Nasional (hereinafter referred to as "BATAN"), as holder of the mining authorization for general survey and exploration, and the Government of the Federal Republic of Germany appoints its Agency, the Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (hereinafter referred to as "BGR") as counterpart of BATAN.

(3) Details of the co-operation between BGR and BATAN shall be fixed in an additional implementation arrangement.

#### Article 2

(1) With due regard to paragraph 2 of this Article, BGR and BATAN shall, by written notice to the Government of the Republic of Indonesia, reduce the Agreement area through relinquishments:

- (a) to not more than 75 percent of the Agreement area prior to the second anniversary of the date of entry into force of this Agreement;
- (b) to not more than 50 percent of the Agreement area prior to the fourth anniversary of the date of entry into force of this Agreement;
- (c) to not more than 25 percent of the Agreement area prior to the fifth anniversary of the date of entry into force of this Agreement.

(2) Should BGR and BATAN find that an area or areas containing a uranium deposit or deposits is or are larger than the area supposed to be retained according to the above conditions for relinquishments, upon request from BATAN the Government of the Republic of Indonesia may grant an exception to the obligation to make relinquishments as referred to in paragraph 1 of this Article.

#### Article 3

BGR and BATAN shall jointly submit a quarterly progress report to their Governments on the result of the implementation of this Agreement and shall, in particular, report on the geological characteristics discovered and the minerals found present, supplying data and maps.

It is hereby understood that title to all such information obtained from the general survey and exploration shall remain with BATAN and that such information shall be treated as confidential.

BGR may transfer to third parties not involved in the general survey and exploration such information and data with written approval of BATAN. Processing of data shall, to the greatest extent possible, be carried out in Indonesia.

#### Article 4

(1) BATAN and BGR shall establish an Operating Committee to draw up, discuss, review and approve the work programmes and estimates envisaged under this Agreement and to supervise the implementation thereof.

(2) Meetings of representatives of both Governments will be held whenever necessary to discuss the implementation of this Agreement.

(3) The costs of the general survey and exploration under this Agreement in accordance with the approved work programmes shall be borne by BGR to an extent of 90 percent.

## Artikel 5

(1) Sobald wie technisch möglich, jedoch nicht später als sechs Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens, ist den beiden Regierungen darüber Bericht zu erstatten, ob sich die Aufschließung eines oder mehrerer Uranerzlager in den vereinbarten Gebieten wirtschaftlich lohnt.

(2) Ist ein derartiges Uranvorhaben wirtschaftlich möglich, so leitet die BATAN die Ausbeutung der Lagerstätte bzw. der Lagerstätten sowie die Vermarktung der Produktion ein, wobei das gegenseitige Einvernehmen über folgende Punkte Berücksichtigung findet:

- a) Die BGR oder ein von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnetes Industrieunternehmen werden mit Vorrang an der Ausbeutung dieser Lagerstätten und der Vermarktung der Produktion beteiligt. Dementsprechend wird die BATAN zuerst nur mit der BGR oder einem von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Industrieunternehmen über die Bedingungen dieser Beteiligung verhandeln.
- b) Sollte es der BATAN und der BGR oder dem von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Industrieunternehmen nicht gelingen, in Verhandlungen, die nach Treu und Glauben geführt werden, Einvernehmen über diese Bedingungen zu erzielen, so wird die BATAN feste Angebote von in redlicher Absicht handelnden Dritten für eine solche Beteiligung einholen.

In diesem Fall sind die BGR oder das von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete Industrieunternehmen berechtigt, während eines Zeitraums von 90 (neunzig) Tagen, gerechnet vom Zeitpunkt der Benachrichtigung durch die BATAN, ein diesem Angebot Dritter gleichwertiges Angebot zu unterbreiten.

Die BATAN wird mit Dritten kein Uranabkommen schließen, dessen Bedingungen wirtschaftlich nicht günstiger für die BATAN sind als das von der BGR oder dem von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Industrieunternehmen vorgelegte Angebot.

- c) Einigen sich die BATAN und die BGR oder das von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete Industrieunternehmen im Laufe ihrer Erstverhandlungen oder unterbreitet die BGR oder das von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete Industrieunternehmen ein dem Angebot Dritter gleichwertiges Angebot, so wird auf der Grundlage der nach Absatz 2 Buchstaben a und b vereinbarten Bedingungen zwischen der BATAN und der BGR oder dem von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Industrieunternehmen ein Uranabkommen im Einklang mit den geltenden indonesischen verfassungsrechtlichen Erfordernissen geschlossen.
- d) Macht die BGR oder das von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete Industrieunternehmen nicht ein dem Angebot eines Dritten gleichwertiges Angebot und schließt die BATAN mit diesem Dritten ein Uranabkommen, so trägt die BATAN dafür Sorge, daß die BGR von diesem Dritten unter Berücksichtigung der von der BGR aufgewendeten Arbeiten und Leistungen und der von ihr getragenen Prospektions- und Explorationsrisiken angemessen entschädigt wird.
- e) Die Regierung der Republik Indonesien stellt sicher, daß nach Deckung des indonesischen Uranbedarfs ein angemessener Anteil des gewonnenen Urans von

## Article 5

(1) As early as technically possible and not later than six years after the date of entry into force of this Agreement, a report shall be submitted to the two Governments on whether or not the development of a deposit or deposits of uranium minerals in the Agreement areas is a commercial proposition.

(2) If such uranium venture is economically feasible, BATAN shall initiate the exploitation of such deposit or deposits and the marketing of the products, taking into consideration the following mutual understanding:

- (a) BGR or an industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany shall have first priority to participate in the exploitation of such deposits and in the marketing of the products. Accordingly, BATAN shall initially negotiate only with BGR or an industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany on the terms and conditions of such participation.
- (b) Should BATAN and BGR or the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany fail in negotiations conducted in good faith to agree on such terms and conditions, BATAN will invite definite offers from bona fide third parties for such participation.

In this case BGR or the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany shall have the right during a period of 90 (ninety) days as from the date of notice given by BATAN to match any such third party's offer.

BATAN shall not conclude with any third party a uranium agreement the terms and conditions of which are not commercially more favourable for BATAN than the offer submitted by BGR or an industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany.

- (c) If BATAN and BGR or the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany reach agreement in the course of their initial negotiations, or if BGR or the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany matches the third party's offer, a uranium agreement between BATAN and BGR or the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany shall be concluded on the basis of the terms and conditions agreed under paragraph 2 (a) and (b) above, which shall be in accordance with the prevailing Indonesian constitutional requirements.
- (d) If BGR or the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany does not match the third party's offer and BATAN would conclude a uranium agreement with this party, BATAN will arrange for this party to provide to BGR an adequate compensation which takes into consideration the efforts and contributions made and the prospection and exploration risks borne by BGR.
- (e) The Government of the Republic of Indonesia shall ensure that, after the Indonesian uranium requirements have been fulfilled, an adequate share of the

Käufern in der Bundesrepublik Deutschland erworben und frei ausgeführt werden kann, wobei die Arbeiten und Leistungen der BGR bei der Entdeckung der Lagerstätte bzw. der Lagerstätten und der Investitionsanteil des von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Industrieunternehmens gehörend zu berücksichtigen sind.

Artikel 6

Vor der Benennung der Sachverständigen, die zur Durchführung der Prospektion und Exploration entsandt werden, konsultiert die BGR die BATAN sowohl hinsichtlich der Personen als auch deren Anzahl, wobei davon ausgegangen wird, daß die Arbeitskräfte auf allen Ebenen soweit wie möglich, vorbehaltlich der in Indonesien geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften, auf dem indonesischen Arbeitsmarkt angeworben werden.

Artikel 7

Die BGR verpflichtet sich, die Ausbildung der bei den Arbeiten auf Grund dieses Abkommens eingesetzten indonesischen Arbeitskräfte entweder am Ort in Indonesien oder in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu erleichtern.

Artikel 8

(1) Die Regierung der Republik Indonesien erleichtert die von der BGR und der BATAN auf Grund dieses Abkommens durchgeführten Arbeiten; hierzu gehören insbesondere die Beschaffungen für die betrieblichen Erfordernisse, die Bereitstellung von Versorgungseinrichtungen, die Einfuhr der für die Arbeiten notwendigen Ausrüstungen, wobei davon ausgegangen wird, daß die BGR und die BATAN soweit wie möglich Ausrüstungen und Materialien verwenden, die in Indonesien gewonnen oder hergestellt werden.

(2) Die BATAN unterstützt die BGR dabei, die gegebenenfalls für die Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Lizenzen oder Genehmigungen zu erhalten.

Artikel 9

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die beiden Regierungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so kann jede Regierung verlangen, daß die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreitet wird.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Regierung ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den beiden Regierungen zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem eine Regierung der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Regierung den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die deutsche oder die indonesische Staatsangehörigkeit oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die deutsche oder die indonesische Staatsangehörigkeit oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofes, das nicht die deutsche oder die indonesische Staatsangehörigkeit besitzt, die Ernennungen vornehmen.

uranium produced can be purchased by buyers in the Federal Republic of Germany and can be freely exported, due consideration being given to BGR's efforts and contributions toward the discovery of the deposit or deposits and the share of investment of the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 6

Prior to the designation of the experts sent to conduct the general survey and exploration, BGR shall consult BATAN as to both persons and numbers, it being hereby understood that labour at all levels will be drawn from Indonesian manpower to the greatest extent possible subject to the prevailing laws and regulations in Indonesia.

Article 7

BGR undertakes to facilitate as it is best capable the training of the Indonesian manpower engaged in the work under this Agreement, whether locally in Indonesia or in the Federal Republic of Germany.

Article 8

(1) The Government of the Republic of Indonesia shall facilitate the operations conducted under this Agreement by BGR and BATAN, including especially the procurement of operational necessities, the provision of logistical support, the importation of the equipment necessary for the work, it being understood that BGR and BATAN will use equipment and materials produced or manufactured in Indonesia to the greatest extent possible.

(2) BATAN shall assist BGR in obtaining any licences or permits necessary for the implementation of this Agreement.

Article 9

(1) Disputes concerning the interpretation or application of the present Agreement shall, if possible, be settled by the two Governments.

(2) If a dispute cannot thus be settled, either Government may request that it be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Government shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the two Governments. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, from the date on which either Government has informed the other that it wants to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in sub-paragraph 3 above have not been observed, either Government may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a German or Indonesian national or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-president should make the necessary appointments. If the Vice-president also is a German or Indonesian national or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the International Court of Justice next in seniority who is neither a German nor an Indonesian national should make the necessary appointments.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Vereinbarungen und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Regierung trägt die Kosten des von ihr bestellten Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Regierungen zu gleichen Teilen getragen.

#### Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Indonesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 11

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander schriftlich notifiziert haben, daß sie alle gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt haben; es bleibt für die Dauer von sieben Jahren in Kraft, sofern es nicht im Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen verlängert wird.

GESCHEHEN zu Jakarta am 14. Juni 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dr. Müller

Für die Regierung der Republik Indonesien  
For the Government of the Republic of Indonesia

Malik

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes in accordance with the existing arrangements between the Contracting States and the general rules of international law. Such decisions shall be binding. Each Government shall bear the cost of the member appointed by it and of its representatives in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Governments.

#### Article 10

The present Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of Indonesia within three months of the date of entry into force of this Agreement.

#### Article 11

This Agreement shall enter into force on the date on which either Government shall have received from the other Government written notification that it has complied with all statutory and constitutional requirements for the entry into force of this Agreement, and shall remain in force for a period of seven years, unless extended by agreement of both Governments.

DONE at Jakarta on June 14, 1976, in duplicate in the German, Indonesian and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Indonesian texts, the English text shall prevail.

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Kurt Müller

Minister for foreign affairs  
of the Republic of Indonesia

Jakarta, 14. Juni 1976

Jakarta, June 14, 1976

Exzellenz,

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today's date, which reads as follows:

Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf die heute unterzeichneten Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie und über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra vorzuschlagen, daß die Vertragsparteien übereinstimmend von den folgenden Voraussetzungen ausgehen:

"I have the honour to refer to the Agreements signed today on Co-operation Regarding the Peaceful Uses of Atomic Energy and concerning Co-operation on the General Survey and Exploration of Uranium Minerals in West Sumatra, and to propose that the Contracting Parties agree on the following points:

1. Beibehaltung der Mineralien werden im Einklang mit geltendem indonesischem Recht für die Zwecke des Artikels 5 des Abkommens über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra mit von diesem Abkommen erfaßt.
2. Die Genehmigung zur Prospektion und Exploration in dem vorgesehenen Gebiet ist nicht ausschließlich, d. h. die indonesische Regierung bleibt berechtigt, interessierten Dritten das Betreten des betreffenden Gebietes zur Suche nach anderen Mineralien als Uran oder zu anderen wesentlichen Zwecken zu gestatten.
3. Aufwendungen der deutschen Seite für die Prospektion und Exploration gelten als ein der indonesischen Seite gewährter Zuschuß und werden daher in der gleichen Weise behandelt wie nicht rückzahlbare Leistungen der deutschen Seite im Rahmen des Abkommens vom 8. April 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Technische Zusammenarbeit. Die Explorationskosten, ihre Amortisierung und Abschreibung werden bei der Berechnung des Gewinns aus einer Ausbeutung der Uranvorkommen nicht berücksichtigt. Die Verpflichtung der BATAN nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra, unter den dort genannten Voraussetzungen für eine angemessene Entschädigung Sorge zu tragen, bleibt hiervon unberührt.

1. For purposes pursuant to Article 5 of the Agreement concerning Co-operation on the General Survey and Exploration of Uranium Minerals in West Sumatra associated minerals shall be subject to the said Agreement in accordance with the applicable Indonesian laws.
2. The mining authorization for prospecting and exploration in the envisaged area shall not be exclusive, i.e. the Indonesian Government shall continue to be entitled to permit interested third parties to enter the area concerned to seek minerals other than uranium or for other relevant purposes.
3. The expenditures by the German side on prospecting and exploration shall be considered as a grant to the Indonesian side and shall therefore be dealt with on the same basis as non-repayable contributions by the German side under the Agreement of 8 April 1971 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Indonesia concerning Technical Co-operation. The exploration costs, its amortization as well as its depreciation shall not be taken into account in calculating profits from the exploitation of the uranium deposits. The obligation of BATAN pursuant to Article 5 (2) (d) of the Agreement concerning Co-operation on the General Survey and Exploration of Uranium Minerals in West-Sumatra to provide for adequate compensation on the terms and conditions specified therein shall not be affected.

Dementsprechend wird die Regierung der Republik Indonesien hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Waren, die im Auftrag der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe für das Vorhaben geliefert werden, sowie hinsichtlich der an dem Vorhaben mitwirkenden deutschen Fachleute die in Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 5 des Abkommens vom 8. April 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Technische Zusammenarbeit vorgesehenen Vorrechte und Befreiungen gewähren.

Similarly, the Government of the Republic of Indonesia shall, in respect of the importation and exportation of goods supplied for the project on behalf of the Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe as well as the German specialists working on the project, grant the privileges and exemptions specified in Article 4 (3) and Article 5 of the Agreement of 8 April 1971 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Indonesia concerning Technical Co-operation.

4. Bezüglich des Artikels 5 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra wird die BATAN dafür Sorge tragen, daß auf Antrag der deutschen Seite die angemessene Entschädigung ganz oder teilweise in Form des Rechts auf Erwerb des gewonnenen Urans gewährt wird. Die Ausfuhr dieses

4. As to Article 5 (2) (d) of the Agreement concerning Co-operation on the General Survey and Exploration of Uranium Minerals in West Sumatra BATAN shall arrange, that upon request from the German side adequate compensation is given wholly or partially in the right to purchase the uranium produced. The export of this uranium shall be executed under the same

Urans erfolgt zu den in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe e des Abkommens genannten Bedingungen; dort ist nur der Fall vorgesehen, daß ein Uranabkommen zwischen der BATAN und der BGR oder dem von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezeichneten Industrieunternehmen geschlossen wird.

Ich wäre dankbar, wenn Eure Exzellenz mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit dem Inhalt dieses Briefes mitteilen würden, der Bestandteil des am heutigen Tage unterzeichneten Abkommens über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra ist.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Müller

Seiner Exzellenz  
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
Herrn H. Adam Malik  
Jakarta

conditions as mentioned in Article 5 (2) (e) of the said Agreement, which envisages only the case that a uranium agreement is concluded between BATAN and BGR or the industrial firm designated by the Government of the Federal Republic of Germany.

I should be grateful, Excellency, if you would inform me of your Government's agreement with the contents of this letter, which is an integral part of the Agreement signed today concerning Co-operation on the General Survey and Exploration of Uranium Minerals in West Sumatra.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration."

I have further the honour to confirm on behalf of the Government of the Republic of Indonesia the agreement with the contents of the above-mentioned letter, which forms as integral part of the Agreement signed today concerning Co-operation on the General Survey and Exploration of Uranium Minerals in West Sumatra.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Malik

His Excellency  
Dr. Kurt Müller  
Ambassador of the Federal  
Republic of Germany  
Jakarta



**Vereinbarung**  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Indonesien  
über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt  
für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)  
und der Badan Tenaga Atom Nasional (BATAN)

**Arrangement**  
between the Government of the Federal Republic of Germany  
and the Government of the Republic of Indonesia  
concerning Co-operation between the Bundesanstalt  
für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)  
and the Badan Tenaga Atom Nasional (BATAN)

Vereinbarung  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Indonesien  
über die Zusammenarbeit zwischen  
der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe  
(im folgenden als die „BGR“ bezeichnet)  
und der Badan Tenaga Atom Nasional  
(im folgenden als die „BATAN“ bezeichnet)

Arrangement  
between the Government  
of the Federal Republic of Germany  
and the Government of the Republic of Indonesia  
concerning Co-operation between  
the Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe  
(hereinafter referred to as "BGR")  
and the Badan Tenaga Atom Nasional  
(hereinafter referred to as "BATAN")

bei einem Programm der Prospektion und Exploration von Uranerzlagern in Westsumatra (Indonesien) nach Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Zusammenarbeit bei der Prospektion und Exploration von Uranerzen in Westsumatra (im folgenden als das „Abkommen“ bezeichnet).

on a prospecting and exploration programme in respect of uranium ore deposits in West Sumatra (Indonesia) pursuant to Article 1 (3) of the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Indonesia concerning Co-operation on the General Survey and Exploration of Uranium Minerals in West Sumatra (hereinafter referred to as the Agreement).

(1) Im Rahmen des Abkommens führen die BGR und die BATAN gemeinsam ein Programm der Prospektion und Exploration von Uranerzlagern in Sumatra durch.

(1) Within the framework of the Agreement BGR and BATAN shall jointly carry out a prospecting and exploration programme in respect of uranium ore deposits in Sumatra.

(2) Der in Artikel 4 Absatz 1 des Abkommens genannte Arbeitsausschuß setzt sich aus je zwei gleichberechtigten Vertretern der BGR und der BATAN zusammen. Eines der von der BATAN ernannten Mitglieder fungiert als Vorsitzender des Ausschusses. Die Entscheidungen werden einstimmig gefällt. Der Arbeitsausschuß hat folgende Aufgaben:

(2) The Operating Committee mentioned in Article 4 (1) of the Agreement shall be composed of two representatives from BGR and BATAN respectively who shall enjoy equal status. One of the members appointed by BATAN shall act as chairman of the Committee. Decisions shall be taken by unanimous vote. The Operating Committee shall have the following tasks:

- a) Planung des jährlichen Arbeitsprogramms, u. a. Entscheidung über die Ausdehnung der Arbeit auf neue Gebiete oder die Auflassung bereits bearbeiteter, unhöffiger Gebiete. Kommt eine Einigung in der Gebietsfrage nicht zustande, so werden keine Gebietsänderungen vorgenommen;
- b) Aufstellung des Prospektionsbudgets und Mittelbedarfs. Kommt eine Einigung über das Prospektionsbudget nicht zustande, so wird im folgenden Jahr ein Minimalprogramm vereinbarter Maßnahmen mit einem Kostenaufwand von maximal 250 000,— DM (zweihundertundfünfzigtausend Deutsche Mark) durchgeführt;
- c) Entscheidungen über den Zeitpunkt der Erstellung einer Durchführbarkeitsstudie;

- (a) planning of the annual work programme, including decisions concerning the extension of the work to new areas and the abandonment of work in areas where no deposits have been found. If no agreement is reached regarding such areas, no changes shall be made;
- (b) establishment of the prospecting budget and the fund requirements. If there is no agreement on the prospecting budget, a minimal programme of agreed measures costing a maximum of DM 250,000 (two hundred and fifty thousand German Marks) shall be carried out in the following year;
- (c) decision on when a feasibility study should be prepared.

(3) Der Operator wird von der BGR ernannt. Der Kooperator wird von der BATAN ernannt. Dem Operator und dem Kooperator obliegen alle notwendigen fachlichen Aufgaben der Prospektion und Exploration von Uranerzlagern in den entsprechenden Gebieten. Sie sind nur dem Arbeitsausschuß verantwortlich und führen selbständig das aufgestellte Arbeitsprogramm durch, sind für den sachgerechten Einsatz von Personal und Sachmitteln gemäß den Beschlüssen des Arbeitsausschusses verantwortlich und erstatten dem Arbeitsausschuß Bericht über den Fortgang des Prospektionsprogramms.

(4) Die von der BGR während des ersten Arbeitsprogramms zu erbringenden Leistungen setzen sich wie folgt zusammen:

- a) Entsendung von vier Lagerstättegeologen, einem Geoingenieur und einem Chemotechniker,
- b) Entsendung von bis zu fünf Kurzzeitexperten (bis zu insgesamt 8 Mann/Monaten),
- c) Lieferung der für die Prospektionsarbeiten erforderlichen Ausrüstungsgegenstände, Geräte und Verbrauchsmaterialien c.i.f. Entladehafen Padang,
- d) Übernahme der Kosten für die in den Speziallaboratorien und im elektronischen Rechenzentrum der BGR in Hannover unter Mitwirkung des an diesem Programm beteiligten indonesischen Personals durchzuführenden Arbeiten (Analysen, Untersuchungen und Auswertungen),
- e) Übernahme der Transportkosten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indonesien für die unter Buchstabe c genannten Leistungen,
- f) Übernahme der Kosten für Treibstoffe, Wartung und Instandhaltung der Kraftfahrzeuge der deutschen Projektgruppe,
- g) Übernahme der Kosten für zusätzliches Personal, das über das in Absatz 5 Buchstabe a aufgeführte indonesische Personal hinaus im Rahmen der Projektdurchführung erforderlich werden kann.

Die Kosten der oben bezeichneten Leistungen der BGR betragen im ersten Projektjahr ungefähr 2 079 000 DM (zwei Millionen neunundsiebzigtausend Deutsche Mark).

(5) Die BATAN verpflichtet sich während des ersten Arbeitsprogramms zu folgenden Leistungen:

- a) Sie stellt das nachfolgend aufgeführte Fach- und Hilfspersonal
 

<ul style="list-style-type: none"> <li>— zwei bis drei Geologen</li> <li>— zwei bis drei Prospektoren</li> <li>— einen Laboranten</li> <li>— einen Verbindungsmann</li> </ul>	}	insgesamt 5
---	---	-------------
- b) sie stellt die Fach- und Geländeausrüstung für das unter Buchstabe a genannte Personal sowie ein Geländefahrzeug;
- c) sie stellt der Projektgruppe am geplanten Dienstsitz Bukittinggi folgende möblierte und ausgestattete Räume zur Verfügung:
  - vier Büroräume für die deutschen Fachkräfte und mindestens drei Büroräume für die indonesischen Fachkräfte
  - zwei Laborräume
  - einen Zeichenraum
  - zwei Magazinräume
  - Abstellplätze für fünf Kraftfahrzeuge sowie einen Werkstatttraum für die Wartung und Instandsetzung der Dienstfahrzeuge;

(3) The Operator shall be appointed by BGR. The Co-operator shall be appointed by BATAN. The Operator and the Co-operator shall be charged with carrying out all necessary professional prospecting and exploration work in respect of uranium ore deposits in the relevant areas. Being responsible only to the Operating Committee, they shall carry out independently the work programme drawn up, bear responsibility for the proper use of personnel and materials in accordance with the decisions of the Operating Committee, and submit reports on the progress of the prospecting programme to the Operating Committee.

(4) The contributions to be made by BGR during the first work programme shall include the following:

- (a) dispatch to Indonesia of four geologists specializing in the science of mineral deposits, one geological engineer and one chemical engineer;
- (b) dispatch to Indonesia of up to five experts on short-term assignment (up to a total of eight man/months);
- (c) supply of equipment, instruments and expendable materials cif port of unloading, Padang, required for the prospecting work;
- (d) bearing of the cost of work (analyses, studies and evaluation) to be done at the special laboratories and electronic computer centre of BGR in Hannover with the participation of Indonesian personnel involved in this programme;
- (e) bearing of the transport costs between the Federal Republic of Germany and Indonesia in respect of the contributions specified in sub-paragraph (c) above;
- (f) bearing of the cost of fuel, servicing and maintenance for the vehicles of the German project group;
- (g) bearing of the cost in respect of personnel which may be needed for the implementation of the project in addition to the Indonesian personnel specified in paragraph 5 (a) of the present Arrangement.

The cost of the aforementioned contributions of BGR shall amount in the first year of the project to approximately DM 2,079,000.— (two million seventy-nine thousand German Marks).

(5) BATAN during the first work programme undertakes to make the following contributions:

- (a) it shall make available the following technical and auxiliary personnel
 

<ul style="list-style-type: none"> <li>— two to three geologists</li> <li>— two to three prospectors</li> <li>— one laboratory worker</li> <li>— one liaison officer</li> <li>— five drivers as well as ten labourers if required;</li> </ul>	}	a total of five
---	---	-----------------
- (b) it shall provide the professional outfit and field equipment for the personnel referred to in paragraph (a) above as well as one cross-country vehicle;
- (c) it shall provide the following furnished and equipped premises for the project group at the planned base at Bukittinggi:
  - four offices for the German specialists and at least three offices for the Indonesian specialists
  - two laboratories
  - one drawing office
  - two store-rooms
  - parking spaces for five vehicles and a workshop area for servicing and maintenance of the official vehicles;

- d) sie sorgt für die Herstellung von Dünn- und An-schliffen sowie für die erforderlichen Kontrollanalysen in den Laboratorien der BATAN;
- e) sie stellt der Projektgruppe alle benötigten Arbeits-unterlagen wie Karten, Luftbilder und vorliegende Untersuchungsergebnisse auf den Projektgebieten zur Verfügung;
- f) sie beschafft die für die Projektarbeiten benötigten Funklizenzen. Diese werden nach Maßgabe der im indonesischen Hoheitsgebiet geltenden Vorschriften benutzt.

Die Kosten der oben bezeichneten Leistungen der BATAN betragen während des ersten Arbeitsprogramms ungefähr 185 000 DM (einhundertfünfundachtzigtausend Deutsche Mark).

(6) Die von dem Arbeitsausschuß getroffenen Vereinbarungen bezüglich weiterer Arbeitsprogramme gelten als Anhänge zu dieser Vereinbarung.

(7) Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Indonesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(8) Die Geltungsdauer dieser Vereinbarung beträgt drei Jahre. Sie wird um jeweils ein Jahr stillschweigend verlängert, falls sie nicht drei Monate vor ihrem Erlöschen von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird.

GESCHEHEN zu Jakarta am 14. Juni 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dr. Müller

Für die Regierung der Republik Indonesien  
For the Government of the Republic of Indonesia

B a i q u n i

- (d) it shall make provision for the production of rock slices and polished sections and for the requisite control analyses to be done at the BATAN labora-tories;
- (e) it shall provide the project group with all necessary records and documents such as maps, aerial photo-graphs and any findings of investigations already made in the project areas;
- (f) it shall procure radio licences required for the project work. The use of such licences shall be in accordance with the applicable legislation in the territory of Indonesia.

The cost of the aforementioned contributions of BATAN shall be equivalent during the first work programme to approximately DM 185,000 (one hundred and eighty-five thousand German Marks).

(6) The arrangements made by the Operating Commit-tee regarding further work programmes shall be consi-dered as Appendixes to the present Arrangement.

(7) The present Arrangement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declar-ation to the Government of the Republic of Indonesia wihtin three months of the date of entry into force of this Arrangement.

(8) The duration of the present Arrangement shall be three years. It shall be tacitly extended for successive periods of one year, unless it is denounced in writing by either Contracting Party three months prior to its expiry.

DONE at Jakarta on June 14, 1976, in duplicate in the German, Indonesian and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Indonesian texts, the English text shall prevail.

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Abkommens  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung des Königreichs der Niederlande  
über den Verzicht auf die Erstattung von Leistungen an Arbeitslose**

**Vom 22. März 1977**

Nach Artikel 3 Abs. 3 der Verordnung vom 18. November 1976 zu dem Abkommen vom 22. Juli 1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über den Verzicht auf die Erstattung von Leistungen an Arbeitslose (BGBl. II S. 1929) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem Artikel 3 Abs. 1

am 1. März 1977

in Kraft getreten ist.

Am selben Tage ist das Abkommen vom 22. Juli 1976 nach seinem Artikel 3

mit Wirkung vom 1. Oktober 1972

in Kraft getreten, nachdem die für sein Inkrafttreten erforderlichen Notifikationen am 28. Dezember 1976 und am 12. Januar 1977 ergangen waren.

Bonn, den 22. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum**

**Vom 23. März 1977**

Das in Stockholm am 14. Juli 1967 unterzeichnete Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (BGBl. 1970 II S. 293, 295) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Burundi am 30. März 1977

Italien am 20. April 1977

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Februar 1977 (BGBl. II S. 258).

Bonn, den 23. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens**  
**Vom 23. März 1977**

Das am 24. Juli 1971 in Paris revidierte Welturheberrechtsabkommen (BGBl. 1973 II S. 1069, 1111) ist nach seinem Artikel IX Abs. 2 für

die Bahamas am 27. Dezember 1976  
in Kraft getreten.

Die Bahamas haben am 13. Juli 1976 dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur notifiziert, daß sie sich seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit am 10. Juli 1973 an das Welturheberrechtsabkommen vom 6. September 1952 (BGBl. 1955 II S. 101), dessen Anwendung durch das Vereinigte Königreich auf ihr Hoheitsgebiet erstreckt worden war, gebunden betrachten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 28. Oktober 1963 (BGBl. II S. 1453) und vom 4. Oktober 1976 (BGBl. II S. 1721).

Bonn, den 23. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza**  
**über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen**  
**für die Eintragung von Marken**  
**Vom 24. März 1977**

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Fassung des Abkommens von Nizza vom 15. Juni 1957 über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (BGBl. 1970 II S. 293, 434) tritt nach ihrem Artikel 9 Abs. 4 Buchstabe b für

Italien am 24. April 1977  
in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1975 (BGBl. II S. 2232).

Bonn, den 24. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens  
über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport**

**Vom 24. März 1977**

Das Europäische Übereinkommen vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (BGBl. 1973 II S. 721) wird nach seinem Artikel 48 Abs. 3 für

Zypern am 9. August 1977  
in Kraft treten.

Die Bekanntmachung vom 28. August 1975 (BGBl. II S. 1266) wird dahingehend berichtigt, daß das Übereinkommen bisher für die Niederlande nicht in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Mai 1976 (BGBl. II S. 627).

Bonn, den 24. März 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
einer Änderung des deutsch-jugoslawischen Abkommens  
über den grenzüberschreitenden Straßenpersonen- und -güterverkehr**

**Vom 24. März 1977**

Durch Notenwechsel vom 23. Juli 1976 ist zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien eine Änderungsvereinbarung zum Abkommen vom 16. Juli 1964 über den grenzüberschreitenden Straßenpersonen- und -güterverkehr (BAnz. Nr. 192 vom 14. Oktober 1964) getroffen worden. Die Änderungsvereinbarung ist am 3. Dezember 1976 in Kraft getreten; ihr Inhalt wird nachstehend bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1967 (BAnz. Nr. 242 vom 28. Dezember 1967).

Bonn, den 24. März 1977

Der Bundesminister für Verkehr  
Im Auftrag  
Freier

**Anderung  
des deutsch-jugoslawischen Regierungsabkommens  
vom 16. Juli 1964  
über den grenzüberschreitenden  
Straßenpersonen- und -güterverkehr**

1. § 7 Buchstabe h erhält folgenden Wortlaut:

„h) die Beförderung von beschädigten Fahrzeugen und die Einfahrt von Reparaturfahrzeugen;“.

2. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9

Gültigkeit der Genehmigungen

(1) Die Genehmigung wird ausgegeben

— als Zeitgenehmigung

gültig für eine unbestimmte Anzahl von Fahrten und für einen bestimmten Zeitraum, der mindestens einen Kalendertag und höchstens ein Jahr beträgt;

— als Fahrtgenehmigung

gültig für eine Hin- und Rückfahrt und für die Dauer von höchstens zwei Monaten.

(2) Die Genehmigung wird dem Unternehmer für ein bestimmtes Kraftfahrzeug erteilt. Sie ist nicht übertragbar.

(3) Die Genehmigungsurkunde ist mit einer laufenden Nummer versehen. Bei der Zeitgenehmigung ist hinter der laufenden Nummer eine zweite Nummer vermerkt, die zum Ausdruck bringt, zum wievielten Male die Zeitgenehmigung im Kontingentsjahr ausgegeben wurde.

(4) Die Fahrtgenehmigung wird an der Grenze abgestempelt. Eine mit dem Stempel einer zuständigen Kontrollbehörde versehene Genehmigung berechtigt nicht mehr zur Einfahrt in das Gebiet des anderen Staates, ausgenommen zur Transitrückfahrt.

(5) Je ein Muster der Genehmigungen ist dieser Vereinbarung als Anlage beigefügt.“ \*)

3. Die §§ 12 und 13 entfallen.

\*) Anlagen siehe BAnz. Nr. 192 vom 14. Oktober 1964

# Fundstellennachweis B

## Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1976

Format DIN A 4 – Umfang 440 Seiten

---

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

---

Einzelstücke können zum Preise von je DM 18,— zuzüglich je DM 1,40 Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.

---

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.